

# Umschwung oder Lippenbekenntnis?

**Lukas Schmitt**  
ist Politikwissenschaftler, Mitglied im  
Flüchtlingsrat und lebt in Kiel

## Rüstungsexportpolitik der Großen Koalition

*Im Jahr 2015 gaben Staaten laut einer Studie des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) zum ersten Mal seit 2011 wieder mehr Geld für Militär aus. Das weltweite Gesamtvolumen der Militärausgaben stieg dabei um einen Prozent auf 1676 Milliarden US-Dollar.*

Während die Militärausgaben in Westeuropa um 0,2 Prozent zurückgingen, stiegen die Militärausgaben in Asien und Ozeanien 2015 um 5,4 Prozent und im Mittleren Osten um 4,15 Prozent. Neben laufender Ausgabe beispielsweise für Armeen oder für Forschung und Entwicklung im Militärbereich setzen sich die von SIPRI erhobenen Militärausgaben auch aus Neuanschaffungen von Militär- und Rüstungsgütern zusammen – auch der internationale Handel mit Rüstungsgütern schien 2015 zu florieren und nach wie vor ein lukrativer Markt zu sein. So tragen auch deutsche Rüstungsexporte zum Anstieg der weltweiten Militärausgaben und daraus potentiell folgenden Konflikteskalationen bei.

### **Deutsche Rüstungsexportpolitik auf dem Prüfstand**

Am 19. Februar 2016 hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie auf eine Anfrage des Bundestagsabgeordneten Jan van Aken (Die Linke) erstmals für 2015 explizite Zahlen zu erteilten Ausfuhrgenehmigungen von Rüstungsgütern veröffentlicht. Die Rüstungsexportpolitik des Bundeswirtschaftsministers Sigmar Gabriel muss sich dabei an den Vorgaben messen lassen, die sich Gabriel selbst im Jahr 2014 gegeben hat :

„Es ist eine Schande, dass Deutschland zu den größten Waffenexporteuren gehört. Insbesondere Kleinwaffen sind die Bürgerkriegswaffen schlechthin geworden. Da muss sich etwas ändern. [...] Ich bin für eine restriktive Haltung beim Waffenexport. Keine Waffen an Länder, in denen Bürgerkrieg herrscht. An Unrechtsregime sollte man keine Waffen verkaufen.“

Dieses Statement scheint dabei auch in der Bevölkerung breite Zustimmungen zu finden. Laut einer bundesweiten Umfrage des TNS Emnid Instituts für Politik und Sozialforschung von Januar 2016 sprachen sich 83 Prozent der Befragten grundsätzlich gegen den Verkauf von Waffen und Rüstungsgütern in andere Länder aus.

Auch in der Antwort auf die Anfrage an das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) wird die Rüstungsexportpolitik der schwarz-roten Bundesregierung als „restriktiv“ und „zurückhaltend“ bezeichnet und im Zuge ausführlicher Einzelfallentscheidungen „der Beachtung der Menschenrechte [...] besonderes Gewicht gegeben“. Inwiefern sich das Selbstbild der Bundesregierung auch in der Realität widerspiegelt oder nur ein Narrativ zur Instrumentalisierung der gesellschaftlich verankert Ablehnung von Rüstungsexporten ist, lässt sich allerdings nur anhand der tatsächlich erteilten Einzel- und Sammelausfuhrgenehmigungen beurteilen.

### **Gesamtvolumen deutscher Rüstungsexporte steigt um 96 Prozent**

Schon auf den ersten Blick sprechen die von Staatssekretär Matthias Machnig veröffentlichten Zahlen eine deutliche Sprache. Zwar wird das Gesamtvolumen der Rüstungsexporte im Jahr 2015 in Höhe von 12,81 Milliarden Euro an keiner Stelle im Bericht explizit genannt, ergibt sich aber aus dem kumulierten Wert der Ausfuhrgenehmigungen an einzelne Staaten in Höhe von 7,85 Mrd. Euro sowie Sammelausfuhrgenehmigungen in Höhe von 4,96 Mrd. Euro im Zuge von wehrtechnischen Kooperationen



Foto: Peter Werner.

zwischen EU- und NATO-Partnern. Mit einer Zunahme von 96 Prozent hat sich das Volumen der Rüstungsexporte aus Deutschland im Jahr 2015 damit im Vergleich zum Vorjahr fast verdoppelt. Ein Großteil – 59 Prozent – der Einzelausfuhrgenehmigungen wurde dabei für Exporte in Drittländer – also Nicht-EU- oder NATO- bzw. „vergleichbare“ Staaten – erteilt. Ausfuhrgenehmigungen an Drittländer sind besonders problematisch, da sich die Kontrolle über die Endbestimmung der Rüstungsgüter meist deutlich schwieriger gestaltet als bei Exporten in EU- oder NATO-Staaten. So besteht die Gefahr, dass ursprünglich „legal“ exportierte Waffen unter anderem aufgrund von fragilen staatlichen Strukturen, unzureichenden Sicherheitsstandards oder defizitären Sicherheitssektoren unkontrolliert an Dritte weitergegeben werden und so zu enormen wirtschaftlichen und menschlichen Folgeschäden führen. Aufgrund der fragilen lokalen Sicherheitslage bergen vor allem Exporte in die sogenannte MENA-Region („Middle-East-and-North-Africa“) enormes Risikopotenzial.

### **Bundesregierung weist Verantwortung für Katar-Deal von sich**

Exporte in die MENA-Region machen mit rund 3,3 Mrd. Euro 42 Prozent der gesamten Einzelgenehmigungen aus. Das BMWi zeigt sich aber angesichts dieser Zahlen wenig einsichtig. In der Stellungnahme vom 19. Februar betont das BMWi, dass sie nur für einen Anteil von 1,3 Mrd. Euro der erteilten Genehmigungen „politisch verantwortlich“ sei. Die Entscheidung für die Lieferung von 62 Leopard-2 Panzern und 24 Panzerhaubitzen im Wert von 1,6 Mrd. Euro in das Golfemirat Katar sei unter der Vorgängerregierung getroffen worden und „rechtlich sauber, [...] ob es einem politisch passt oder nicht“. Auf eine ähnlich ausweichende Art und Weise wird sich in Bezug auf Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien positioniert, das auf Platz 7 der Empfängerstaaten liegt. Bei den Exporten handle es sich „in der Mehrzahl um Zulieferungen von Komponenten an europäische Partner, die ihrerseits erneut über die Ausfuhr nach Saudi Arabien entscheiden, wie z. B. Fahrgestelle für

von Frankreich gelieferte unbewaffnete Transporter“. Die Tatsache, dass „europäische Partner“ wie Großbritannien oder Italien laut einer Studie der Schweizer NGO Small Arms Survey noch in den Jahren 2009 und 2010 den libyschen Diktator Muammar Al-Gaddafi mit Kleinwaffen belieferten spricht allerdings nicht für die Sorgfalt dieser „europäischen Partner“ im Umgang mit Rüstungsexporten in fragile Regionen.

### **Export von Kleinwaffen schafft neue Fluchtgründe und destabilisiert Regionen**

Positive Trends lassen sich im Gebiet der Exporte von Kleinen und Leichten

Waffen – Hand- und Schnellfeuerwaffen – identifizieren. Nach Schätzungen des Auswärtigen Amtes sind derzeit weltweit über 875 Millionen Kleinwaffen mit einer durchschnittlichen Verwendungsdauer von 30-50 Jahren im Umlauf. Kleinwaffen sind für 19 von 20 Todesfällen in Konflikten verantwortlich und fordern weltweit alle zwei Minuten ein Menschenleben. 90 Prozent der Opfer von Kleinwaffen sind Zivilisten, 80 Prozent davon Frauen und Kinder. Dabei sind Kleinwaffen nicht nur während Konflikten eine ernsthafte Bedrohung, sondern tragen schon vor dem eigentlich Ausbruch zur Eskalation bei und behindern nach Ende der Auseinandersetzungen die Friedenskonsolidierung. Kleinwaffen gelten also nicht nur als einer der – wenn nicht der – relevantesten Gründe, aus denen Menschen aus Angst um Leib und Leben ihre Heimat verlassen, sondern haben langfristig destabilisierende Wirkung. Nicht umsonst wurden Kleinwaffen vom ehemaligen Generalsekretär der Vereinten Nationen Kofi Annan als „die wahren Massenvernichtungswaffen“ bezeichnet.

## Nichtsdestotrotz war Deutschland im Jahr 2015 weiterhin drittgrößter Exporteur von Kleinwaffen.

2015 lieferte Deutschland Kleinwaffen im Wert von 16 Millionen Euro in Drittstaaten. Diese Zahl stellt im Vergleich zum Jahr 2014 eine Verringerung um 5,6 Mio. Euro dar, verglichen mit dem Wert aus 2013 sogar eine Abnahme um 26,2 Millionen Euro. Damit hat sich das Volumen der Ausfuhrgenehmigungen in Drittländer seit dem Amtsantritt der Großen Koalition im Jahre 2013 mehr als halbiert. Auch der Gesamtwert der Genehmigungen von Kleinwaffenexporten ist 2015 von 47,7 Mio. Euro auf 33,9 Mio. Euro gesunken. Dazu kommt, dass auch Lizenzproduktionen, also die Herstellung von Waffen deutscher Firmen durch Dritte in Drittländern, gemäß den neuen Grundsätzen für den Kleinwaffenexport eingeschränkt werden. Dies ist durchaus eine bedeutsame und lobenswerte Entwicklung in der deutschen Rüstungsexportpolitik und sollte in Zukunft weiter konsequent vorangetrieben werden. Nichtsdestotrotz war Deutschland im Jahr 2015 weiterhin drittgrößter Exporteur von Kleinwaffen.

Konterkariert werden die Bemühungen allerdings unter anderem durch die Waffenlieferungen an die kurdische Peschmerga im Jahr 2014, mit denen das Tabu, keine Waffen in Kriegsgebiete und an semi-staatliche Akteure zu liefern, erstmals gebrochen wurde. Diese Waffenexporte werden im Zuge der deutschen Ausbildungsmissionen vermutlich „institutionalisiert“, was im Lichte der fragilen und unklaren Sicherheitssituation in der Region höchst kritisch zu bewerten ist, da die Waffen nachgewiesener Weise in die Zivilgesellschaft diffundieren, Spannungen intensivieren und somit neuerliche Fluchtgründe „exportiert“ werden.

### *Deutsche Rüstungsexportpolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit*

Den durchaus ambitionierten Bemühungen im Bereich der

Kleinwaffenkontrolle steht eine immense Steigerung des Gesamtvolumens der Rüstungsexporte gegenüber, der einen historischen Negativrekord markiert. Rüstungsexporte im Gesamtwert von über 12 Mrd. Euro tragen nicht zur internationalen Entspannung bei, mehr noch: Aufrüstung verschärft Spannungen und zieht im Sinne des klassischen Sicherheitsdilemmas, das der amerikanische Politologe John Herz schon 1951 identifizierte, wechselseitige Aufrüstung nach sich. Genau dieser Trend scheint sich auch in den Daten des SIPRI von 2015 abzuzeichnen. Das gebetsmühlenartig wiederholte Mantra der Bundesregierung, nun „an den Fluchtursachen“ ansetzen zu wollen, wird durch diese Rüstungsexportpolitik ad absurdum geführt. Am Ende bleiben die Entwicklungen im Bereich der Exporte von Kleinwaffen die einzige positive und wirkliche Errungenschaft der Rüstungsexportpolitik der Großen Koalition. So sind die eingangs zitierten Worte von Sigmar Gabriel eher ein theoretisches Lippenbekenntnis als ein praktischer Umschwung, auch deshalb, weil für vergangene Verfehlungen wie dem Panzer-Deal mit Katar keine Verantwortung übernommen wird. Die nächsten Jahre werden zeigen, ob sich die Bundesregierung wirklich zu weltweiter Abrüstung bekennt, oder ob der Amtsnachfolger Sigmar Gabriels in der nächsten Legislaturperiode wieder die Verantwortung für vergangene Verfehlungen von sich weisen muss. Alarmierend sind die Zahlen vom 19. Februar in jedem Fall.

### *Bundesinnenministerium antwortet auf die BT-Grüne Anfrage „Bearbeitung von Asylanträgen und Änderung der Organisationsstruktur beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge“*

Die Bearbeitungsdauer für Asylanträge nimmt eher zu als ab. Im August 2015 wurden vom BAMF 4,9 Monate ausgewiesen, im Februar 2016 sind es 5,8 Monate. Anträge

von Asylbewerbern aus sogenannten «Sicheren Herkunftsländern» werden nicht in 48 Stunden entschieden. Bei Bewerbern aus Albanien waren es im Februar 6,8 Monate, aus dem Kosovo 9,2 Monate. Bei Anträgen aus dem vermeintlich sicheren Herkunftsland Algerien dauert es 15,4 Monate, aus Äthiopien 19,6 Monate und aus Pakistan 20,8 Monate. Große Unterschiede in der durchschnittlichen Bearbeitungsdauer gibt es auch zwischen den einzelnen Außenstellen des BAMF - von 1,5 Monaten in München bis zu 32,5 Monaten in

Ellwangen. Zur Beschleunigung der Verfahren setzt das BAMF auf einen starken Personalaufbau. Doch von den eingeplanten 2.000 Entscheidern und 3.200 Sachbearbeitern fehlen derzeit noch rund 400 Entscheider und 1.100 Sachbearbeiter. Das BAMF kann keine Auskunft darüber geben, in welcher Außenstelle aktuell wieviel Personal eingesetzt ist.

Drs. 18/8204 v. 22.4.2016 im Internet:  
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/082/1808204.pdf>